

Zeitschrift: Zivilschutz = Protection civile = Protezione civile
Band: 38 (1991)
Heft: 1-2

Rubrik: News

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

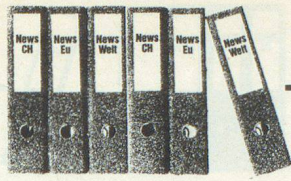
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 15.10.2024

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>



Militärdienst-Obligatorium für Frauen ausgeschlossen

An einem Symposium auf dem Wolfsberg ob Ermatingen (TG) zum Thema «Frauen in den Streitkräften» hat Bundesrat Kaspar Villiger ein Militärdienst-Obligatorium für Frauen ausdrücklich ausgeschlossen. Der EMD-Chef will auch nichts von einem Kampfeinsatz von Soldatinnen wissen. «Ein Einbezug der Frauen in die Schweizer Armee sei keine Frage der Bestandssicherung», sagte Villiger. Die kleiner werdende Armee habe in dieser Hinsicht keine Sorgen, aber Frauen solle auch beim Militär Chancengleichheit geboten werden. Deshalb wolle das EMD den sich militärisch engagierenden Frauen Karrieremöglichkeiten bieten. Durch die Möglichkeit, Nachrichtenoffizier, AC-Spezialistin oder später einmal Helikopterpilotin werden zu können, solle «die Freiwilligkeit attraktiv» gemacht werden. Auch innerhalb der EMD-Verwaltung sollen Frauen neue Karrieren ermöglicht werden. (SDA, 17.10.90)

Peinlich: MFD-Post für Männer

Auf der Suche des Militärischen Frauendienstes (MFD) nach potentiellen diensttuenden Frauen sind in einer Briefaktion auch Behinderte, Ausländerinnen und gar Männer angeschrieben worden. Die ganze Werbeaktion bescherte dem MFD bisher 85 neue Anmeldungen. Kontaktiert wurden 65 000 Frauen – und eben Männer. (SPK, 6.11.90)

Sowjetunion kommt unter Druck wegen ihrer Atomtests

Ein unterirdischer sowjetischer Atomtest, der Ende Oktober auf der Inselgruppe Novaja Semlja in der Barents-See stattfand, hat in Schweden und in Norwegen scharfe Proteste ausgelöst. Der damals noch amtierende Ministerpräsident Jan P. Syse bezeichnete es als «sehr enttäuschend», dass die Sowjetunion die zahlreichen Einwände gegen die Atomtests ignoriert habe. «Die Sprengung habe in der Nähe der norwegischen Grenzen und in einem ökologisch empfindlichen Gebiet stattgefunden», sagte Syse. Dies werde negative Wirkungen auf das Verhältnis Norwegens zur Sowjetunion haben. Ein Sprecher der sowjetischen Botschaft begründete die Probesprengung damit, dass das Atomprogramm der UdSSR

gegenüber jenen der anderen Atom-mächte in Rückstand geraten sei. Inzwischen hat der sowjetische Umweltminister Nikolai Woronzow internationalen Druck für einen Stopp von Atomversuchen in seinem Land ausdrücklich begrüsst. Woronzow setzt sich für ein allgemeines Verbot im internationalen Rahmen ein. Der Umweltminister sprach auf einer Ministerkonferenz für Umweltschutz in Helsinki. Nur wenig später wurden schwere gesundheitliche Folgen von Atomversuchen in der UdSSR-Republik Kasachstan bekannt.

(BAZ, 26.10.90/DPA, 30.10.90/AP. 3.11.90/SDA, 2.10.90)

Panzer für die Feuerwehr

In der Tschechoslowakei werden zur Verschrottung freigegebene sowjetische Panzer vom Typ T-55 zu Feuerwehrwagen umgebaut. Wie es in Prag hiess, wurden bereits 400 der 850 Panzer auseinandergenommen. Ein Teil von ihnen wurde zum Bau des Feuerwehrwagens «Spot 55» genutzt. Dieser Wagen sei besonders für den Einsatz bei gefährlichen Bränden, unter anderem auch in Atomkraftwerken, geeignet. Ein «Spot 55» hat sich vor kurzem erstmals bei einem Waldbrand in Nordböhmen bewährt.

(Stuttgarter Zeitung, 5.9.90)

Mögliche Geiseln in besetzten Gebieten

Eineinhalb Millionen Palästinenser in den israelisch besetzten Gebieten könnten im Falle einer militärischen Auseinandersetzung zwischen Israel und dem Irak zu Geiseln in der Hand Israels werden, weil Israel für die Einwohner der Gebiete keinerlei Vorkehrungen zum Schutz vor Giftgas-Angriffen zu treffen plant. Dies geht aus einem Bericht der unabhängigen Tageszeitung «HaAretz» hervor, die von einem bereits seit Jahren andauernden Streit um diese Frage berichtet.

(Die Presse, 13.8.1990)

Mehr Sicherheit vor rollenden Giftbomben

Die SBB wollen den wachsenden Sorgen der Bevölkerung im Zusammenhang mit dem Transport gefährlicher Güter Rechnung tragen. Bei 20% der insgesamt 8,3 Millionen Tonnen Güter, die auf Schienen in der Schweiz transportiert werden, handelt es sich um «gefährliche Güter». Zweimal wö-

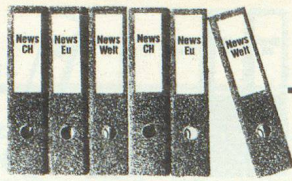
chentlich verkehrt zum Beispiel auf der Gotthard-Strecke ein Güterzug mit dem hochexplosiven Vinylchlorid, das zur PVC-Herstellung von Belgien nach Italien gebracht wird. Was aber passiert, wenn es zu einem Unfall kommt? Genügen die SBB-Sicherheitsvorkehrungen? Erstmals haben nun die SBB offiziell zu dieser Problematik Stellung genommen. Die SBB haben neu eine mobile Gefahrgut-Equipe eingesetzt, die ab Januar nächsten Jahres stichprobenweise die Güter analysiert und Kontrollen über die Einhaltung der Vorschriften vornimmt. Ferner wurden Merkblätter für die Mitarbeiter überarbeitet, stehen allen Lokomotivführern bis Ende Jahr Atemschutzhauben zur Verfügung, werden Mineralölschlagplätze saniert und stehen inzwischen drei Notfallkesselwagen für chemische Flüssigkeiten bereit. Noch nicht gelöst ist das Problem des Zugfunks auf der Nord-Süd-Achse. Die SBB denken übrigens daran, die Sicherheitskosten auf den Transportpreis abzuwälzen. (Basler Zeitung, 11.10.90)

Gasmasken-Zeit

Seit anfangs November tragen die Schüler von Most im nordböhmischen Kohlebecken in ihren Schulsäcken auch Gasmasken mit sich. Völlig veraltete Kohlenkraftwerke geben in dieser Region ungefiltert Schwefeldioxid und Kohlestaub in die Luft ab. Hier leiden viermal soviele Kinder an Erkrankungen der Atemwege wie in den anderen Landesteilen. Nach Angaben der tschechoslowakischen Nachrichtenagentur ČTK wurden die ersten 23 000 Gasmasken kostenlos von einer Fabrik in Karlovy Vary (Karlsbad) zur Verfügung gestellt. Die Stadtverwaltung plane jedoch, den Besitz von Gasmasken zur allgemeinen Pflicht zu machen. (AFP, 31.10.90)

Nouveau Centre Cantonal de la Protection Civile à Grône

Le nouveau centre cantonal d'instruction de la protection civile du Valais a été officiellement inauguré. Sis à Grône, ce grand complexe de 14 millions de francs accueille depuis septembre passé les «casques jaunes» valaisans; ils devraient être plus de 2000 à y effectuer, chaque année, les cours auxquels ils sont astreints. Sept personnes – bientôt dix – oeuvrent à plein temps au nouveau centre cantonal, soit trois de plus que précédemment. Le complexe devrait être ouvert trente-huit semaines par an, et accueillir chaque semaine cinquante à septante hommes. Soit plus de 2000 «casques jaunes» au total. (Nouveliste, 11.10.90)



Bisse ressuscité

Une compagnie de la protection civile de Carouge (GE) a travaillé d'arrache-pied à la réfection du plus long bisse valaisan. Effectué avec l'approbation des autorités locales, ce travail pourrait constituer une étape importante en vue de sauver un véritable patrimoine cantonal. Le bisse mesure 32 kilomètres. Il prend naissance dans les eaux de la Printze, sur le territoire de Nendaz, et finit sa course à Saxon. Après quatre années de travaux, sa construction a été terminée en 1869. La première étape pour ressusciter le bisse a toutefois été franchie grâce à la participation bénévole des hommes de la PCi de Carouge. Ils ont procédé au nettoyage du bisse sur plus de 300 mètres. Après avoir réaménagé le lit du ruisseau, ils sont parvenus à corriger les connexions défectueuses. Pour la première fois depuis vingt-cinq ans, l'eau coule à nouveau le long de ce tronçon.

(La Suisse, 12.10.90)

Feuerwehr im Kanton Zürich: Freiwillige vor!

Vor einem Jahr haben die Stimmberechtigten des Kantons Zürich die Ausdehnung der Feuerwehrrpflicht auf die Frauen abgelehnt. Bereits dieses Jahr mussten die gemäss Gesetz feuerwehrrpflichtigen Männer im Kanton Zürich (Alter zwischen 20 und 49 Jahren) keine Ersatzabgabe mehr bezahlen. Bei den Feuerwehren und Gemeindebehörden sei eine «nicht kleine Verunsicherung» über die Zukunft des Feuerwehrrwesens festzustellen, erklärte Regierungsrätin Hedi Lang bei der Vorstellung des revidierten Feuerwehrrgesetzes. Gemäss revidiertem Gesetz ist der Feuerwehrrdienst in Zukunft im Kanton Zürich freiwillig. Allerdings können die Gemeinden, lassen sich nicht genügend geeignete Personen finden, durch ihre Feuerwehrrverordnung die Feuerwehrrpflicht – für Männer und Frauen – einführen. Vor allem aus finanziellen Gründen wurde die Schaffung einer kantonalen Berufsfeuerwehr abgelehnt. Als Anreiz sollen die freiwillig dienstleistenden Feuerwehrrleute eine jährliche Pauschalabgabe von 200 bis 300 Franken erhalten. Erwogen werden zudem Massnahmen, um die Ausbildung den heutigen Gefahren anzupassen. Geprüft wird aber ebenso eine Reduktion der bisherigen Bestände der Pflichtfeuerwehr. (BAZ, 18.10.90)

In Israel werden Gasmasken verteilt

Seit Mitte Oktober werden in Israel in einer landesweiten Verteilaktion insgesamt 4,7 Millionen Anti-Gas-Sets

(Gasmasken, Atropin-Spritze gegen Nervengas und Dekontaminationspulver) an die städtische Bevölkerung verteilt. Die Aktion war schon vor anderthalb Jahren grundsätzlich beschlossen und vor sechs Monaten detailliert geplant worden, doch angesichts der Gefahr eines irakischen Giftgasangriffs wurde sie nun vorgezogen und soll beschleunigt in wenigen Wochen abgewickelt werden. Sollte allerdings die Gefahr eines irakischen Raketenangriffs akut werden, so könnten alle Gasmasken in drei Tagen ausgegeben werden. Der Verteilung war eine heftige Diskussion in der Regierung und Öffentlichkeit vorausgegangen, wollte man doch einerseits keine Panik auslösen und andererseits der Bevölkerung grösstmöglichen Schutz bieten. Von der irakisch-jordanischen Grenze aus sind die israelischen Bevölkerungszentren rund 600 Kilometer oder vier Flugminuten entfernt. Die israelischen Krankenhäuser haben ihrerseits ihre Vorbereitungen für den Kriegsfall abgeschlossen – mit umfassenden Notfallübungen und der Installation von Duschen zur Entgasung entlang der Umzäunungen. Zeitungen lagen Notfallinstruktionen bei, und die Bevölkerung deckte sich mit Abdichtungsmaterial für Türen und Fenster ein. All diese Massnahmen lösten aber keine Panik aus. (Basler Zeitung, 8.10.90)

Dank an die Frauen

Der ZS Schwerzenbach (ZH) wirbt für die Frau im Zivilschutz

W. – Der Präsident der Schwerzenbacher ZS-Kommission, Peter Saladin, erinnert im «Glattaler» an die immer noch bestehende Lücke im Schweizer Zivilschutz – es fehlen nach wie vor die freiwilligen ZS-Frauen. Dabei weiss man doch, dass sich gerade die Frauen in Notzeiten (1. und 2. Weltkrieg!) besonders ausgezeichneten, und insbesondere der Zivilschutz kann auf diese höchst wertvolle Mitarbeit (und Unterstützung der Männer) nicht verzichten. Jeder Tätigkeitsbereich, sei es beim Sanitäts-, Mehrzweck-, Übermittlungs-, Versorgungs- oder Nachrichtendienst usw., steht unseren Frauen offen, auch für die Übernahme von Kaderfunktionen!

Das ZS-Plakat mit dem gelben Helm und der roten Rose – als Dank an die Helferinnen – zeigt prägnant, auf was es ankommt und wie sehr der Zivilschutz die Mitarbeit der Frau schätzt. Die Schwerzenbacher Zivilschutz-Stellenleiterin (!) nimmt gerne Anmeldungen entgegen. Im gesamtschweizerischen Zivilschutz fehlen immer noch 15 000 Frauen...!

(Glattaler vom 26.10.90)

Vertiefte Zusammenarbeit im Zivilschutz

Die Zivilschutzdirektorenkonferenz will mehr Gewicht – unter anderem durch eine Vertiefung der Zusammenarbeit mit dem Bund. An ihrer Jahrestagung in Freiburg diskutierten die obersten kantonalen Zivilschützer eine im Frühling 1990 durchgeführte Umfrage, bei der es darum ging, die Probleme und Anliegen bei der Erfüllung der Aufgabe des Zivilschutzes sowie die Prioritäten zu erkennen, die die Kantone in diesem Bereich zu setzen wünschen. Die Zivilschutzdirektorenkonferenz plädiert für eine Intensivierung des Informationsaustausches zwischen Bund und den politischen Verantwortlichen in den Kantonen.

(«NZZ», 26. Oktober 1990)

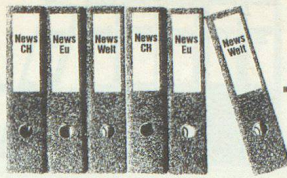
Katastrophensicheres Sonder-Telefonnetz

Das gegen elektronische Störmanöver und Überlastung gefeite Gesamtverteidigungs-Fernmeldenetz (GV-Netz) soll durch die angeschlossenen Teilnehmer und nicht allein durch die PTT finanziert werden. Dies hat der Bundesrat nach jahrelangem Hin und Her beschlossen. Den definitiven Startschuss für das Projekt will er erst geben, wenn die Finanzierung steht. Das GV-Netz soll etwa ab 1999 rund 15 000 militärischen und zivilen Behörden von Bund und Kantonen eine krisensichere Notfallverbindung zur Verfügung stellen. Es ist gegen den nuklear-elektromagnetischen Puls (Nemp, Zusammenbruch der Elektronik nach einem Atombombenabwurf in grosser Höhe) und überlastungsbedingte Netzzusammenbrüche gefeit und soll rund 600 Mio. Franken (zuzüglich 11 Mio. Franken pro Jahr für den Unterhalt) kosten. Die Funktion des GV-Netzes beschränkt sich nicht auf den Kriegsfall, sondern soll auch bei Natur- oder Zivilisationskatastrophen zum Tragen kommen.

(«Vaterland», 18. Oktober 1990)

Russiker verweigerten Übung

So etwas sei ihm noch nie passiert in seinen zehn Jahren als regionaler Ausbildungschef im Zivilschutz, sagte der kantonalzürcherische Zivilschutzausbilder Peter Schwarz. Der Vorfall: Zwei Gruppen des Pionier- und Brandschutzdetachements in Russikon ZH verweigerten die Durchführung ihrer abendlichen Übung. Zunächst hätte eine Gruppe des Pionierdienstes nach 19



Uhr bis gegen 21.30 Uhr praktisch üben sollen – mit Kompressoren und allem, was dazugehört. Das Objekt war eine Baustelle beim Kinderheim Ilgenhalde, dem damit ein Bauvorhaben erleichtert werden sollte. Die Gruppe – eigentlich deren informeller Führer – entschied, dass es zu spät dafür sei und die Kinder in ihrer Nachtruhe beeinträchtigt würden. Um 21 Uhr des gleichen Tages stand eine andere Gruppe des Brandschutzes von gegen 20 Mann bereit für einen Einsatz im Zivilschutzübungs-dorf bei Riedikon. Sei es wegen des langen Arbeitstages mit der körperlichen Schwerarbeit oder warum auch immer – Tatsache ist, dass diese Gruppe sich auch weigerte, so spät noch für eine Brandübung auszurücken. Die beiden Befehlsverweigerungen wurden am Schluss der Übungswoche ausgiebig diskutiert. Die Vorfälle sollen gemäss Aussagen von Peter Schwarz «überdacht» und danach Folgerungen für die Weiterausbildung der Russiker Zivilschutzkader in Betracht gezogen werden.

(Der «Zürcher Oberländer», 5. November 1990)

Dienstverweigerer: hinausgeschobene Strafverbüssung

Der Kanton Tessin verletzt die Strafvollzugspflicht grundsätzlich nicht, wenn er verurteilten Dienstverweigerern die Möglichkeit gibt, ihre Strafverbüssung bis zu sechs Jahren hinauszuschieben. Zu diesem Resultat gelangte das Bundesamt für Justiz, das die Massnahme jedoch unter dem Gesichtspunkt der Rechtsgleichheit als nicht unproblematisch bezeichnete.

(«AP», 11. Dezember 1990)

LITERATUR-NEWS

Menschenorientierte Führung

von Rudolf Steiger
Verlag Huber, Frauenfeld, 1990
144 Seiten

W. – Zunächst zum Autor: Rudolf Steiger ist Professor und Dozent für Militärpädagogik und Rhetorik an der militärwissenschaftlichen Abteilung und an den Militärischen Führungsschulen der ETH Zürich. Er doziert und lehrt auch im Ausland und leitet hochschuldidaktische Rhetorikkurse an der Uni Zürich. Er ist Generalstabsoffizier und seit 1989 Chef der militärwissenschaft-

lichen Arbeitsgruppe des Ausbildungs-chefs der Armee.

Im Vorwort von Bundesrat Villiger steht ein Zitat des Verfassers: «Menschenorientierte Führung darf nicht nur Mittel zum Zweck des Erfolges sein. Menschenorientierte Führung ist die Grundhaltung um des Menschen willen». Der Bücher über Führungsfragen, «Management» und verwandte Gebiete sind bald Legion. Aber in den meisten dieser «klugen» Werke wurde der Faktor Mensch entweder schlicht vergessen oder durch sogenannte «Führungstechniken» recht eigentlich vernachlässigt.

Steigers Buch wendet sich bewusst und nachhaltig begründet nicht nur an militärische Führungskräfte, sondern auch an solche, die im Zivilberuf mit Menschenführung zu tun haben. So liegt es auch nahe, dass Vorgesetzte oder «Chefs» beim Zivilschutz von diesem vorzüglich gestalteten und gegliederten Buch nur profitieren können. Dabei will der Verfasser, aus reicher persönlicher Erfahrung und überragender Menschenkenntnis schöpfend, Anregungen für zivile und militärische Führungskräfte (so heisst es im Untertitel) geben. Regeln und Patentrezepte taugen bei der Menschenführung wenig oder nichts. Daher findet der interessierte Leser praxisnahe Anregungen und Denkanstösse, die etwas auslösen und in Bewegung setzen sollen. Mehr vermögen sie nicht, aber weniger hoffentlich auch nicht. Die meisten der im Buche enthaltenen Anregungen können als vertrauensbildende Massnahmen aufgefasst werden. Das ist beabsichtigt, denn «...das Vertrauen in glaubwürdige Führungskräfte bildet die Basis für eine menschenorientierte Führung!» Steigers Werk dürfte für jeden Führungsverantwortlichen zum eigentlichen Vademekum werden.

Rudolf Steiger

Menschen-
orientierte
Führung

Anregungen
für zivile und militärische
Führungskräfte

Mit einem Vorwort
von Bundesrat Kaspar Villiger

Silvio Borner
Aymo Brunetti
Thomas Straubhaar

SCHWEIZ AG

Vom Sonderfall
zum Sanierungsfall?

Verlag Neue Zürcher Zeitung

SCHWEIZ AG vom Sonderfall zum Sanierungsfall?

von S. Borner, Aymo Brunetti und
Thomas Straubhaar
NZZ Verlag Zürich, 1990, 204 Seiten

W. – Wir alle erleben zurzeit die grossen Umwälzungen in Mitteleuropa und den Ostländern. Wir alle wissen, dass die Begriffe «EG 92» und «EWR» Sorgen, Mutmassungen und Ungewissheit, aber auch Hoffnung, Möglichkeiten und Ausblicke in eine vielleicht bessere Zukunft bewirken. Nicht zuletzt steht unsere politische und wirtschaftliche Unabhängigkeit, ja sogar unsere Neutralität zur Diskussion. Gefordert ist ein neues Denken, ein gründliches Abwägen der uns drohenden Gefahren und Risiken, kurz, eine neue Strategie angesichts der weltwirtschaftlichen Veränderungen der jüngsten Zeit.

Der erste Teil des vorliegenden Buches steht unter dem Titel «Wo stehen wir?» – eine kritische Bestandsaufnahme. Der zweite Teil ist mit «Was ist zu tun?» überschrieben – mögliche Verbesserungsansätze, kurzfristig realisierbare Anpassungen. Es werden aber auch denkbare Veränderungen in unserem politischen System anvisiert, Änderungen, die auf die Dauer wohl nicht mehr zu umgehen sein werden.

Das Buch entstand im Auftrag und unter der Ägide des Nationalen Forschungsprogramms NFP 28, welches das vom Bundesrat beschlossene Thema «Die Schweiz in einer sich ändernden Welt: Aussenwirtschaftliche und entwicklungspolitische Herausforderung» untersucht. Diese hochaktuelle Problematik erheischt unsere volle Aufmerksamkeit!